

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
Werden die 6 geliebte Zeitungen
oder deren Raum mit 15 W. be-
rechnet und bei mehrfachen Einlagen
Werbekontingente mit Rabat gewährt.
Werbekontingente 10 W. 10mal
müssen die 6 geliebte Zeitungen
und ihre Inserate abgegeben sein
und sind im Voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftszeit von morgens 8 Uhr
abends 6 Uhr.
Telephon: Kant. 1, Nr. 1709.

Erhalten täglich mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Nr. 75.

Dresden, Freitag den 31. März 1899.

10. Jahrg.

Des Charfreitags wegen gelangt die nächste Nummer der „Arbeiter-Zeitung“ am Sonnabend nachmittag zur Ausgabe. Die Expedition.

Der internationale Sozialistenkongress im Jahre 1900.

Der von der französischen Arbeiterpartei eingeleitete Einigungs-ausschuss (Comité d'entente socialiste) hat an die sozialistischen und proletarischen Organisationen der ganzen Welt nachstehendes die Vorlesung zu dem im nächsten Jahre stattfindenden internationalen Kongress betreffende Zirkular gerichtet:

Genossen! Da der internationale Sozialistenkongress in Deutschland nicht abgehalten werden kann, haben unsere deutschen Genossen im Sinne der auf dem Londoner Kongress getroffenen Vereinbarungen die französischen Sozialisten ersucht, den Kongress im Jahre 1900 in Paris zu veranstalten. Die französischen Sozialisten haben also die Pflicht, den Genossen aller Länder Vorschläge über die Organisation des Kongresses zu machen. Darum haben wir Euch zu einer vorbereitenden Konferenz ein, die die Bedingungen feststellen wird, unter denen der internationale Kongress abgehalten werden soll.

Wir richten diese Einladung im Namen der ganzen sozialistischen Partei Frankreichs an Euch. Die fünf großen nationalen Organisationen, aus denen sie sich zusammensetzt, die Konföderation der unabhängigen Sozialisten Frankreichs, die Föderation der sozialistischen Arbeiter Frankreichs, die französische Arbeiterpartei, die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei und die sozialistisch-revolutionäre Partei, haben einen Einigungs-ausschuss ernannt, der brüderlich über die gemeinsamen Interessen berät. In diesem Einigungs-ausschuss sind also alle sozialistischen Faktoren Frankreichs vertreten.

Dieser Ausschuss hat sich auf dem Boden der wesentlichen Grund-sätze des Sozialismus geeinigt: Vergeltung der Produktions- und Austauschmittel; internationale Einigung und internationale Aktion der Arbeiter; Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterpartei; organisierte Proletariat. Da der Kongress ein politischer, sozialistischer Kongress sein muss, so können wir auch vor, ihn auf den Boden dieser wesentlichen Grund-sätze zu stellen, die unter Einigungs-ausschuss gleich den Sozialisten aller Länder angenommen hat. So wollen wir die Streitigkeiten vermeiden, wie sie den letzten internationalen Kongress gequälte haben.

Wir glauben so den wirklichen Absichten des Londoner Kongresses gerecht zu werden. Allerdings scheint es, dass dieser das Prinzip eines gemeinsamen teils politischen, teils gewerkschaftlichen Kongresses angenommen hat. Aber indem der Kongress von London an die gewerkschaftlichen Organisationen appellierte, forderte er sie auf, sich an der politischen Aktion zu beteiligen.

Es ist klar, dass diese politische Aktion nur eine sozialistische sein kann. Wenn wir die Anerkennung des Prinzips des politischen Kampfes verlangen, müssen wir auch fordern, dass die Prinzipien der Vergeltung der Produktionsmittel und des internationalen Universalitätsprinzips der Arbeiter anerkannt werden, sonst wären ja die reaktionären Arbeiterorganisationen zugelassen, die unter päpstlichen Einflüssen stehen oder einem rücksichtslosen Nationalismus huldigen. Das hieße aber auf dem Kongress vertretenen Arbeiterklasse ihren Klassencharakter nehmen, weil sie sich als Klasse nur behaupten kann, indem sie dem bürgerlichen Eigentum, dem bürgerlichen Kosmopolitismus und dem reaktionären Chauvinismus des Internationalismus der Arbeiter entgegensteht.

Wie der Londoner Kongress sehr richtig entschieden hat, geht es unweifellos nicht an, von den Gewerkschaften zu verlangen, dass sie selbst eine flüchtige politische Tätigkeit erlangen sollen. Aber man muss verlangen, dass ihre Delegierten auf dem internationalen Sozialistenkongress die wesentlichen Grund-sätze des Sozialismus als die allgemeine Voraussetzung ihres Mandats anerkennen.

Es ist ziemlich klar, dass der Sozialismus keine Grund-satzungen feststellen muss; jeder Organismus, der sich behaupten will, muss einen bestimmten Boden haben. Aber so weit es auf uns ankommt, soll nicht durch willkürliche oder sektiererische Auslegungen der Jurin zum Kongress erzwungen oder sein Gebiet eingeengt werden. Wenn wir von der Eroberung der politischen Macht sprechen, so wollen wir die wirtschaftliche, die gewerkschaftliche Organisation durchaus nicht als unbedeutend oder auch nur als untergeordnet hinstellen. Ohne diese organisatorische Grundlage, ohne diese gewerkschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter würde sich die politische Aktion des Sozialismus ins Leere verlieren, und am Tage des Sieges würde das Proletariat die Leistung der auf eine ökonomische Grundlage gestellten Gesellschaft nicht übernehmen können; sie würde im Zustand der Unmündigkeit bleiben müssen.

So können wir denn die Nachsicht, dass die gewerkschaftlichen Organisationen verschiedener Länder und insbesondere ein französischer Gewerkschaftskongress nach Paris einen internationalen Gewerkschaftskongress einberufen wollen, nur mit freudigen Bewilligungen und dieses Unternehmen unserer lebhaftesten Sympathien versichern. Wir sind überzeugt, dass sich das Proletariat als eine einheitliche Macht der Welt zum Bewusstsein bringen wird, wenn diese Macht auch unter zwei Formen, politisch und gewerkschaftlich, in Erscheinung tritt. Die beiden Seiten der proletarischen Aktion werden sich ergänzen, ohne dass irgend ein Konflikt zu befürchten wäre.

Zugleich ist es aber sehr wünschenswert, dass auch die Gewerkschaften auf dem politischen Sozialistenkongress direkt vertreten seien, so weit sie nur ihren Delegierten ein politisches und sozialistisches Mandat geben. Der Jurin zu dem politischen Kongress wird also im weitesten Maße möglich sein, und trotzdem wird die Gefahr einer Vermischung vermieden. Der internationale Sozialistenkongress wird neuerdings die seit dreißig Jahren in allen Ländern, von allen nationalen und internationalen Kongressen unsere Partei anerkannten Prinzipien bekräftigen.

Wir fügen hinzu, dass wir, wenn wir von der Eroberung der politischen Macht durch das als Klassenpartei organisierte Proletariat sprechen, damit nicht die Art dieser politischen Aktion bestimmen. Wir können sie nicht auf die parlamentarische Aktion beschränken, niemand kann das.

In unserem Lande waren es revolutionäre Ereignisse, die die politische und soziale Bewegung bestimmt oder zum Ausdruck gebracht haben; und die tatsächlichen Verhältnisse, die der Sozialismus in den verschiedenen Teilen der Welt vorfindet, sind so mannigfaltig, als das

der Weg, der das Proletariat zur politischen Macht führt, in einer klaren Formel vorzeichnet werden konnte.

Aber als wesentlich muss festgehalten werden, dass das Proletariat nicht durch den guten Willen der herrschenden Klassen befreit werden wird; das es sein Recht, d. h. das gesellschaftliche Eigentum, nur erlangen wird, wenn es die Kraft dazu hat. Es wird sie aber nicht haben, wenn es nicht durch gemeinsame und planmäßige Aktion die Macht an sich bringt, die heute die Bourgeoisie inne hat.

Eine Reformen und Palliative zu verschmähen, kann es die sozialistische Partei nicht als ihr letztes Ziel betrachten, die politische, gewerkschaftliche und militärische Waidmännerei von heute zu beherrschen. Indem das Proletariat die Macht an sich nimmt, wird es auch deren Mechanismus ebenso umgestalten wie deren Objekt. Diese neue Macht werden die in gesellschaftlicher Produktion vereinigte Arbeiterorganisationen ausüben.

Es handelt sich nicht darum, eine herrschende Klasse durch eine andere zu ersetzen, sondern die politische Gewalt der Bourgeoisie, diese Stütze ihrer sozialen Macht, zu vernichten, um die Gesellschaft umzuformen. Der Staat, als Instrument der herrschenden Klassen, erlischt, sobald er durch die arbeitende Gemeinschaft erobert und zerstört wird.

Diese Definition der politischen Aktion des Sozialismus stellt unter Ziel in einer jeden Hinsicht aussehenden Weise fest und legt, was die Mittel und Wege betrifft, Spielraum für verschiedene Auffassungen. Die Sozialisten haben immer erklärt, dass eine wahre moralische Solidarität des Proletariats nur aus dem freien Zusammenarbeiten der Geister innerhalb der Grenzen unserer wesentlichen Grund-sätze erwachsen kann.

In diesem weitesten Sinn erklären wir die wesentlichen Prinzipien des Sozialismus, wie sie unter Einigungs-ausschuss angenommen hat und wie sie, wenn wir uns nicht täuschen, der internationale Sozialistenkongress anerkennen wird.

Wir sind uns vollkommen bewusst, dass der großartige Gedanke eines einheitlichen und gemeinsamen Kampfes alle Delegationen des sozialistischen Proletariats beletzt, und wir bitten Euch, so bald als möglich, die Delegierten zu der vorbereitenden Konferenz zu bezeichnen, die, wie wir vorschlagen, in Brüssel zwischen dem 20. und 30. Mai abgehalten werden wird.

Dieser Aufruf präpariert in glücklicher Weise die Vorbereitungen, die zur Teilnahme an dem internationalen Sozialistenkongress berechtigen. Er hat aber außerdem noch eine besondere Wichtigkeit für die französischen Sozialisten, da er den Zweifeln zwischen ihnen ein Ende macht, die auf dem internationalen Kongress in London zu einer Spaltung der französischen Teilnehmer in zwei Landesgruppen führten. Für die eine Gruppe wurde Bailliant, für die andere Jaures zum Landessekretär ernannt. Das neuernannte Einvernehmen prägt sich nunmehr darin aus, dass je 7 Führer der 5 Fraktionen, in die der französische Sozialismus auseinandergeht, das Schriftstück unterzeichnet haben. Wir nennen von den Namen nur die in Deutschland bekannteren: Jean Jaures (für die unabhängigen Sozialisten), Paul Brousse (für den sozialistischen Arbeiterbund), Jules Guesde (für die französische Arbeiterpartei), Lenormand (für die revolutionäre, sozialistische Arbeiterpartei), E. duval Bailliant (für die revolutionäre Sozialistenpartei).

Wäge die Verhandlung der französischen Sozialisten von außer Vorbereitung sein für den großen internationalen Sozialistenkongress im Jahre 1900!

Das österreichische Landtagsleud.

Wien, am 29. März.

Die Session des Landtages geht ihrem Ende zu, der größere Teil der Landstube ist bereits wieder geschlossen. Die Landtagssession hat die Regierung gewissermaßen als Zwischenspiel eingelegt, um unter der Herrschaft des § 14 den Sätzen parlamentarischen Lebens irgendwie zu erhalten. Wer im Auslande immer wieder von föderalistischen Bestrebungen in Oesterreich hört, mag sich vorstellen, dass die Landtage, denen bei föderalistischer Gestaltung das politische Schwergewicht zufiele, auch heute schon im politischen Leben Oesterreichs eine hervorragende Rolle spielen. In der That besitzen sie aber nicht mehr Einfluss, als etwa der Provinzial-Landtag der Rheinprovinz oder der von Brandenburg und Anhalt, wie sie die „getrennten Märkern“ alljährlich zu sein werden, erfahren sie schon gar nicht. Im Gegenteil, die Regierung hat es darauf angelegt, den Landtagen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit ihre Geringschätzung zu bezeugen. Was die österreichischen Landtage von ähnlichen Provinzial-Vertretungen anderer Staaten unterscheidet, ist lediglich das staatsrechtliche Gepräge, das sie jeweils erheben. Bald beschließt der dalmatische Landtag, dass Kroatien und Slavonien mit Dalmatien zu einem dreieinigigen Königreich verbunden werden sollen, bald fordern die Tschechen im böhmischen Landtag Erweiterung der Landesautonomie, oder es revolutioniert irgend einer der Landtage mit deutscher Mehrheit gegen die Herrschaft des § 14. Die Regierung hört dem Gerede je nachdem ruhig zu oder lässt den Landtagen wegen „Ueberschreitung ihrer Zuständigkeiten“ einen Rüssel erteilen. Tögegen lässt sie den Landtagen in der Führung der eigenen Angelegenheiten nicht den geringsten freien Spielraum. Mit Ausnahme des niederösterreichischen Landtages, den die Regierung aus Furcht vor den Wiener Antisemiten sehr entgegenkommend behandelt, hat bisher nicht ein einziger Landtag selbst die kleine Verbesserung der beispiellos reaktionären Wahlordnungen, die Einführung der direkten Wahlen in den Landgemeinden, durchzusetzen vermocht, und doch wäre diese Reform schon deshalb, weil von dem Wahlmodus der Landgemeinden des Landtages der Wahlmodus der Landgemeinden und der allgemeinen Kurie des Reichsrates abhängig ist, von größter Wichtigkeit. Allein die Regierung hat den Beschlüssen des vorarlberger und des krain-

Landtages auf Einführung der direkten Wahlen zweimal die Sanction verweigert. In anderen Landtagen, wie in Währen und in der Steiermark, kommt infolge der nationalen Zerfällung nicht einmal ein solcher Versuch zu stande. Am bequemsten für die Regierung liegt übrigens die Sache im böhmischen Landtage. Dort hat der Vorsitzende, der vom Kaiser ernannte „Oberlands-marschall“, das ungeheuerliche Recht, die Tagesordnung nach freiem Ermessen zu bestimmen. Da wird also ein Antrag auf Abänderung der Wahlordnung gar nicht zur Verhandlung gebracht.

Unter solchen Umständen lässt sich auch leicht beurteilen, wie die Aussichten der Arbeiter stehen, in den Landtagen und in den Gemeindevertretungen, über deren Statutenänderungen die Landtage zu entscheiden haben, eine angemessene Vertretung zu erlangen. Am unabhängigsten ist noch, wie schon erwähnt, der niederösterreichische Landtag. Diefem liegen auch jetzt zwei Wahl-reformentwürfe vor. Für die Landtagswahlreform haben sich die Aussichten gebessert. Der Wahlreform-ausschuss hat auf die Änderungen in den alten Kurien, die bei der Reinheit den meisten Anstoß erregten, verzichtet, die neue Kurie des allgemeinen Wahl-rechts, die übrigens durch die Bestimmung einer „dreijährigen Zehnjährigkeit im Lande“ verjüngert würde, soll an die im wesentlichen unveränderten alten Kurien angefügt werden. Weit schlechter steht es mit der unermesslich wichtigeren Reform der Wiener Gemeindevahlordnung. Kaiser den Liberalen und den Großgrundbesitzern stimmen sich auch die von den Landgemeinden gewählten antijemittischen Abgeordneten gegen die Abschaffung der drei Wahlkörper und die Einführung des allgemeinen Stimmrechts in der Gemeinde Wien. Aber selbst die übrigen antijemittischen Abgeordneten, die Wiener Vertreter, zeigen, wie man aus den Verhandlungen des Wahlreform-ausschusses sehen kann, nur Launigkeit oder gar Unlust. Die Regierung ist natürlich von dem Plane, die Wiener Gemeindevertretung auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts aufzubauen, nicht freudig bewegt und hat dies auch durch den Statthalter Kielmannsegg dem Landtage zu verstehen gegeben. Aber dieser sprach in so verzögerten und verschleierte Ausdrücken, dass man deutlich erkennt, die Regierung würde, wenn Lueger Ernst zeigte, keinen Widerstand leisten. Doch, wie gesagt, die Antisemiten lassen diesen Ernst völlig vermissen. Es wird da ein seltsames Spiel aufgeführt. Regierung und antisemitische Partei wollen einander gegenseitig die Schuld an dem Scheitern der Wahlreform zuschieben. Die Regierung würde es am liebsten sehen, wenn die Vorlage im Landtag selbst zu Falle käme, und das ist bei der abweichenden Haltung eines nicht geringen Teiles der antijemittischen Mehrheit nicht undenkbar. Die Antisemiten wünschen dagegen, dass die Regierung offen erkläre, sie werde der Gemeindevahlreform die Sanction nicht vorlegen. Darauf läuft das Begehren, das vorgezogen im Wahlreform-ausschuss laut wurde, der Statthalter möge bindende Anweisungen von der Regierung einholen, hinout. Man wäre das allgemeine Wahlrecht los, die Regierung würde als der Schuldige erscheinen und der vollstümliche Wahlreformentwurf ließe sich agitorisch trefflich verwerten. Die Rechnung hat jedoch ein Loch. Man kann gerade in diesen Tagen bemerken, wie gut Regierung und antijemittische Partei zu einander stehen. Seitern deutete der Statthalter unabweisend an, die Antisemiten möchten die Vermittlung zwischen der Regierung und den deutschen Parteien übernehmen. Bei solcher Lage der Dinge ist es klar, dass wenn die Gemeindevahlreform nicht zustande kommt, nur Lueger daran Schuld trägt, der dann einfach ein demagogisches Gaukelstück hat aufzuführen wollen.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich

Die Industriellen des Rheinlandes und die sozialreformatorischen Anträge im Reichstag. Der „Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln“ fasste in seiner letzten General-versammlung über die sozialpolitischen Initiativanträge im Reichstags-tage folgende Beschlüsse:

1. Eine genügende sachliche Veranlassung zu diesen Anträgen kann der Verein nach dem Stande der Arbeiterfrage, soweit der Vereinsbezirk in Betracht kommt, nicht anerkennen, ist vielmehr der Ueberzeugung, dass durch die Ausführung der beantragten Beschlüsse das hier im allgemeinen friedliche Verhältnis zwischen den Großgewerbetreibenden und den Arbeitern ohne Not gefährdet werden würde.
2. Der Verein hält an dem Grundsatz fest, dass der unmittelbare Verkehr zwischen Unternehmer und Arbeiter der beste Weg zum Ausgleich etwaiger Streitigkeiten ist.
3. Er spricht sich daher entschieden gegen neue sozialpolitische Einrichtungen, wie Einigungsämter u. a., die keine befriedigende Erledigung etwaiger Streitigkeiten gewährleisten, dagegen dem ohnehin durch Mitwirkung bei der Ausführung der Arbeitergesetze ohnedies stark belasteten Gewerbetreibenden noch weitere Opfer an Zeit und Kraft zumuten würden.
4. Er weist namentlich auch die Schaffung neuer Wahlkörper zurück, die lediglich die mit den schon bestehenden Wahl-geschäften verbundene Aufregung gegen die Arbeitgeber und die Verleumdung unter den verschiedenen Arbeiterparteien noch verstärken würden.

Der Kölner Industriellenverein vertritt erfahrungsmäßig dieselben Grund-sätze, wie die großen wirtschaftlichen Vereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet überhaupt.

Und die rheinisch-westfälischen Industriellen sind gewöhnt,